

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Für einen authentischen Verbraucherschutzbericht

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. als Informationsgrundlage für den Verbraucherschutzbericht künftig vorab ermitteln zu lassen und im Verbraucherschutzbericht darzustellen,
 - a) welche Erfahrungen, Fragen, Probleme und Defizite im Bereich des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere in den Bereichen Information, Beratung, Sicherheit und Verbraucherrechte bestehen und
 - b) welche Wünsche, Anregungen und Vorschläge aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verbesserung des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz vorgebracht werden,
2. am Verbraucherschutzbericht künftig auch unabhängige Experten zu beteiligen, deren Befunde und Vorschläge zur Verbesserung des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz zu dokumentieren und
3. im Verbraucherschutzbericht ihrerseits dazu Stellung zu nehmen und ein Konzept zur Optimierung des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz vorzulegen.

Begründung:

Der Versuch eines ersten Verbraucherschutzberichtes enttäuscht, da der Bericht oberflächlich ist, an bestehenden Problemen vorbeigeht, statt konstruktiver Analyse Selbstdarstellung vorzieht, die Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht berücksichtigt und keine Perspektiven zur Verbesserung des Verbraucherschutzes aufzeigt. Allein durch Wiedergabe der Sicht und der Themen der Landesregierung ergibt sich kein authentisches Bild. Vielmehr müssen unabhängige Experten beteiligt werden, wenn der Bericht aussagekräftig sein und Sinn machen soll. Methodisch zielführend ist hierfür insbesondere auch eine Berücksichtigung der Erfahrungen und Einstellungen der Verbraucherinnen und Verbraucher. In ihrer Stellungnahme hätte die Landesregierung dann konstruktiv auf die gemachten Erfahrungen, vollzogenen Analysen und unterbreiteten Vorschläge einzugehen. Im Ergebnis könnte das zu einer wirksamen Verbesserung des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz führen. Diesem Ziel sollte auch der Verbraucherschutzbericht verpflichtet sein.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

